

DC/20/I/3/1908, SAP MO

4.-5.1.1983<sub>25</sub>

VVS B 2 - 70/83 - 3 -

Anlage 1

B e r i c h t

Über die Ordentliche Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 4. und 5. Januar 1983 in Prag

---

1. Die Tagung wurde mit folgender Tagesordnung durchgeführt:
  1. Hauptrichtungen des gegenwärtigen Kampfes für die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, für die Erhaltung und Festigung der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa
  2. Bericht des Oberkommandierenden über die Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und Maßnahmen zur weiteren Erhöhung ihrer Gefechtsbereitschaft
2. Im Ergebnis der Tagung wurden angenommen:
  - a) die Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (ND vom 7. Januar 1983), die eine Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage und die weiteren Aufgaben im Kampf um die Sicherung des Friedens, um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung enthält. Im Vordergrund steht der Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedsländer des Nordatlantikvertrages für den Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen;

- b) ein interner Beschluß zum Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses unter den gegenwärtigen komplizierten internationalen Bedingungen;
  - c) ein Beschluß über die Bestätigung des Marschalls der Sowjetunion, V. G. Kulikow, als Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte für eine weitere reguläre Amtsperiode;
  - d) das Kommuniqué der Tagung, das die Festlegung enthält, die nächste Ordentliche Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia durchzuführen und auf der nächsten Tagung des Außenministerkomitees in Prag Überlegungen zur weiteren Realisierung der neuen Vertragsinitiative zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu behandeln;
  - e) eine Protokollnotiz darüber, daß sich die nächste Tagung des Außenministerkomitees auch mit den auf der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses unterbreiteten Vorschlägen zu Abrüstungsfragen sowie zum Arbeitsmechanismus des Warschauer Vertrages befassen soll.
3. Die Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses orientierte auf die breitestmögliche Zusammenfassung aller Friedenskräfte und Kriegsgegner zur Zurückdrängung der aggressivsten Kräfte des Imperialismus, insbesondere der USA. Die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Jurij Wladimirowitsch Andropow, hat dafür die Akzente gesetzt. Mit Beginn des Jahres 1983, dem entscheidenden im Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß, wird mit der Politischen Deklaration allen am Frieden interessierten und realistisch denkenden Kräften die Friedensalternative des Sozialismus zur nuklearen Katastrophe gewiesen.

Die Tagung erbrachte Übereinstimmung darüber, wie unter den Bedingungen der gegenwärtigen komplizierten internationalen Lage und der zunehmenden Gefährdung des Weltfriedens durch den Konfrontations- und Hochrüstungskurs des Imperialismus die konstruktive und ausgewogene Friedenspolitik der sozialistischen Staaten durch neue konkrete Initiativen weitergeführt und der Kurs des Gegners durchkreuzt werden kann. Zugleich stimmten die Bruderländer in der Einschätzung der Haupttendenzen der internationalen Entwicklung und der Ursachen für die Verschärfung der Lage überein.

Vor allem das Auftreten der höchsten Repräsentanten der UdSSR der DDR, der VRP und der GSSR war darauf gerichtet, der Friedenspolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft neue Offensivkraft zu verleihen und durch eine breitestmögliche Aktivierung aller friedliebenden Kräfte eine Umkehr der gegenwärtigen gefährlichen internationalen Tendenzen zu erreichen. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Strategie der Bruderstaaten in der Weltpolitik nach wie vor den Erfordernissen entspricht, es aber darauf ankommt, sie mit neuen, den gegenwärtigen Realitäten Rechnung tragenden Initiativen durchzusetzen.

Obwohl die klassenindifferente, destruktive und erpresserische Haltung der SRR die Tagung belastete, wurde das Hauptziel - die gemeinsamen Positionen der Bruderländer in den wichtigsten internationalen Fragen sichtbar zu demonstrieren und die Schwerpunkte für sofortige Schritte und für die längerfristige Arbeit zu ihrer Umsetzung festzulegen - erreicht. Von besonderem Gewicht ist dabei, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Übereinstimmung über den Vorschlag an die Mitgliedsländer des Nordatlantikvertrages erzielten,

28

einen Vertrag über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen. Diese weltpolitische, weitreichende Initiative ist geeignet, die internationale Auseinandersetzung um die Frage Krieg und Frieden in den 80er Jahren maßgebend im Sinne der sozialistischen Staaten zu beeinflussen und der internationalen Friedensbewegung neue Impulse zu geben. Die von der Prager Tagung ausgearbeitete außenpolitische Linie ist vor allem darauf ausgerichtet, von einer realistischen und nüchternen Lagebeurteilung ausgehend, alles zu tun, die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa zu verhindern, zumindest hinauszuschieben und die USA zu zwingen, ernsthaft zu verhandeln. Die UdSSR, die DDR und die CSSR wiesen darauf hin, daß im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Kernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa Gegenmaßnahmen seitens der sozialistischen Staaten unumgänglich werden.

4. Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, die insgesamt in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlief, war darauf gerichtet, die kameradschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer im Interesse der Vereinigung aller Kräfte zur Sicherung der äußeren Bedingungen für die sozialistische Entwicklung sowie der gemeinsamen Lösung der vor den Bruderländern stehenden Probleme weiterzuentwickeln. Diese Aufgaben sind - wie Genosse Andropow es ausdrückte - mit realistischem Blick für das Mögliche und dem Verständnis in Angriff zu nehmen, daß jedes Bruderland seine inneren Fragen selbständig regelt und sein eigenes außenpolitisches Gesicht stärker zur Geltung bringt.

Im Vordergrund stand eindeutig das Bestreben aller Teilnehmerstaaten (außer der SRR), die politische Zusammenarbeit, insbesondere die außenpolitische Koordinierung und den politischen Mechanismus des Warschauer Vertrages effektiver und operativer zu handhaben und die Möglichkeiten kollektiver Beratungen zur Ausarbeitung der außenpolitischen Grundlinien wirksamer auszuschöpfen. Von den Genossen Andropow, Honecker und Husak wurden konkrete und übereinstimmende Vorschläge für die Aktivierung der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses unterbreitet.

Von den Vertretern der Bruderländer wird unter Hinweis auf das in Vorbereitung befindliche RGW-Gipfeltreffen unterstrichen, daß die Ausarbeitung der Strategie der Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung für die Vertiefung der Zusammenarbeit und der Integration ist.

Von den Bruderländern - außer der SRR - wurde die Bedeutung des Warschauer Vertrages und seines weiteren Bestehens für die Sicherheit des Sozialismus und die Erhaltung des Friedens unterstrichen. Sie bekräftigten die Verpflichtung, ihren Aufgaben zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit uneingeschränkt nachzukommen.

Insgesamt wurde deutlich, daß die Staaten des Warschauer Vertrages der Entwicklung ihrer Beziehungen auch zu den anderen sozialistischen Ländern größere Bedeutung beimessen. Entsprechend der gemeinsamen abgestimmten Linie unternehmen alle Bruderländer Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zur VR China.

5. Die die Tagung einleitende und orientierende Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Jurij Wladimirowitsch Andropow, hat die herangereiften Probleme und Aufgaben,

30

die dem Warschauer Vertrag in der gegenwärtigen zugespitzten Situation erwachsen, klar umrissen und für die zukünftige Arbeit die notwendigen neuen Impulse gegeben (Kräfteverhältnis; politische, ökonomische und militärische Stärkung des Warschauer Vertrages; Aktivierung des sozialistischen Weltsystems als Ganzes, vor allem China, SFRJ, KDVR; Taktik gegenüber den nichtpaktgebundenen Staaten sowie den kapitalistischen Industriestaaten; Friedensbewegung).

6. Die Rede des Leiters der Delegation der DDR wurde mit großem Interesse aufgenommen. Genosse Andropow bedankte sich für den bedeutenden Beitrag, der mit dieser Rede zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses geleistet wurde. Er hob vor allem die klare Einschätzung der internationalen Lage und die Ausführungen zur Lage in der BRD, zu den Beziehungen zur BRD und die unterbreiteten Vorschläge für die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und deren koordiniertes Zusammenwirken hervor. Auch von ungarischer, polnischer, tschechoslowakischer und bulgarischer Seite wurden Einschätzungen in gleicher Weise geäußert. Eine breite Zustimmung fanden auch die konkreten Vorschläge der DDR zur Koordinierung der Beziehungen gegenüber den Entwicklungsländern.
7. Im Auftreten der SRR wurden neben der bekannten klassenindifferenten Einschätzung des Grundwiderspruchs unserer Epoche (arme und reiche Länder) sowie der Ursachen für die Verschärfung der internationalen Lage stärker als bisher abweichende Positionen in Grundfragen der internationalen Klassenauseinandersetzung, vor allem den Fragen der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung, sichtbar. Sie war bestrebt, in der Deklaration sowohl die Kritik am gegenwärtigen Kurs der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA, und ihre Verantwortung für die zunehmende Kriegsgefahr abzuschwächen als auch die Anknüpfungspunkte für die Friedensbewegung zu reduzieren.

Die SRR unterstützt zwar nunmehr die neue Initiative zum Abschluß des Vertrages über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO, sieht in ihr aber in erster Linie ein Mittel, das entsprechend ihren Vorstellungen zur "Auflösung der Blöcke" führen soll.

Besonders hartnäckig besteht die SRR auf einseitigen Vorleistungen der sozialistischen Staaten bei der Reduzierung der Militärhaushalte, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Für ihre diesbezüglichen Vorschläge sind einerseits innere ökonomische Gründe sowie andererseits die politische Grundeinstellung der rumänischen Führung zum Warschauer Vertrag maßgebend. Die SRR verlangt faktisch ein Mitspracherecht auch bei den Abrüstungsfragen, vor allem auf nuklearem Gebiet, die bilateral zwischen der UdSSR und den USA verhandelt werden.

Insgesamt wurde deutlich, daß die SRR - bereits mit Blick auf das formale Auslaufen des Warschauer Vertrages im Jahre 1985 - versucht, ihre Bindungen in diesem Bündnis zu lockern. Darauf zielen sowohl die Forderung, unverzüglich mit der NATO Verhandlungen über die "Auflösung der Blöcke" zu beginnen, als auch die anfängliche Weigerung, den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte für eine weitere Amtsperiode zu bestätigen.

2. Im zweiten Tagesordnungspunkt der Beratung wurde zum Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Kulikow, nach langwierigen Diskussionen mit der SRR ein interner Beschluß "über den Zustand der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und die Maßnahmen zur weiteren Erhöhung ihrer Kampffähigkeit" gefaßt. Er ist auf die Sicherung einer zuverlässigen Verteidigungsfähigkeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und

die Erhöhung der Gefechtsmöglichkeiten der Truppen und Flotten der verbündeten Armeen bis 1985 durch Ausstattung mit moderneren Arten von Bewaffnung und Technik gerichtet und orientiert auf die Prinzipien der Erarbeitung der Pläne der Entwicklung der Vereinten Streitkräfte für den Zeitraum 1986 bis 1990.

Die Delegationsleiter stimmten dem Bericht des Oberkommandierenden sowie den vorbereiteten Beschlußentwürfen zu.

Ablaufplan der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses

- Eröffnung der Tagung durch Genossen Husak als Gastgeber
- Erste Sitzung (4. Januar Vormittag) unter Vorsitz des Leiters der Delegation der VRP:  
Rede des Genossen J. Andropow (Der Leiter der Delegation der UdSSR spricht traditionsgemäß als erster Redner)  
Reden der Genossen Kadar und Ceausescu
- Zweite Sitzung (4. Januar Nachmittag) unter Vorsitz des Leiters der Delegation der SRR:  
Reden der Genossen Jaruzelski, Husak und Shiwkow
- Dritte, abschließende Sitzung (5. Januar Vormittag) unter Vorsitz des Leiters der Delegation der UdSSR:  
Rede des Genossen Erich Honecker  
Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte  
Unterzeichnung der Dokumente  
Schlußwort des Genossen Andropow
- Empfang, gegeben vom Gastgeber der Tagung, Genossen Husak.  
Toast des Genossen Husak und Antworttoast des Genossen Shiwkow als Gastgeber der nächsten Ordentlichen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses

Anlage 2

Schlußfolgerungen aus der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Prag

1. In einer Sitzung des Ministerrates der DDR ist über die Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses zu informieren und die Gemeinsame Stellungnahme des Politbüros und des Ministerrates zur Zustimmung vorzulegen.  
Verantwortlich: Genosse Willi Stoph
  
2. Zu Verlauf und Ergebnissen der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wird
  - a) eine Zusammenkunft des Demokratischen Blocks der Parteien und Massenorganisationen durchgeführt.  
Verantwortlich: Genosse Erich Honecker
  
  - b) mit den Chefredakteuren der zentralen Medien eine Beratung über die publizistische Behandlung durchgeführt. "ND" veröffentlicht einen Leitartikel zur Tagung.  
Verantwortlich: Genosse Joachim Herrmann
  
  - c) im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten der Volkammer informiert.  
Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
  
  - d) eine Beratung mit den Vertretern der gesellschaftlichen Organisationen der DDR durchgeführt, die im Zusammenhang mit dem Madrider Treffen in der Bewegung der gesellschaftlichen Kräfte für europäische Sicherheit bereits wirksam geworden sind.  
Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer
  
3. In der gesamten internationalen Tätigkeit der DDR ist zur Realisierung der politischen Linie und der konkreten Initiativen der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beizutragen.

a) Die Auslandsvertretungen der DDR erhalten sofort eine entsprechende Gesprächsdirektive.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

b) durch eine differenzierte politisch-diplomatische und auslandsinformativische Arbeit mit allen Staaten, in der UNO, ihren Spezialorganisationen sowie den wichtigsten zwischenstaatlichen internationalen Organisationen.

c) gegenüber sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien.

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen  
Genosse Oskar Fischer  
Genosse Manfred Feist

4. Für den Beitrag der DDR zur Umsetzung der Initiativen auf dem Gebiet der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung, vor allem

- zur Vertragsinitiative Warschauer Vertrag - NATO und
  - zur von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa
- sind dem Politbüro gesonderte Vorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

5. Die Schlußfolgerungen, die sich aus dem 2. Tagesordnungspunkt (militärische Fragen) ergeben, werden nach der Tagung des Komitees der Verteidigungsminister dem Generalsekretär des ZK der SED gesondert vorgelegt.

Verantwortlich: Genosse Heinz Hoffmann

6. Für die in diesem Jahr bevorstehende Ordentliche Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag sind entsprechend den Festlegungen des Politischen Beratenden Ausschusses die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer

7. Zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Warschauer Vertrages ist die Position der DDR auszuarbeiten und mit der UdSSR abzustimmen.

Verantwortlich: Genosse Oskar Fischer